



PUBLIC INTEREST
Die Lobbying Consultants



ISPA – Brüssel Reise

20./21. Januar 2009

DOSSIER

(Personen und Institutionen)



PUBLIC INTEREST

Die Lobbying Consultants

PERSONEN



Alexander Alvaro

Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)

Geboren 26. Mai 1975, Bonn – Bad Godesberg

Alexander Alvaro ist Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie sowie im Petitionsausschuss, in dem auch über die Kampagne zur Parlamentsreform entschieden wird, deren Vorsitzender Alexander Alvaro ist. Dazu gehört auch die Kampagne für einen Parlamentssitz in Brüssel.

Alexander Alvaro ist ebenfalls Mitglied in verschiedenen Delegationen. Zum einen in der Delegation mit Kontakten zum Palästinensischen Legislativrat und in der Delegation für Kontakte zu Indien.

Im Rahmen des EU – Telekompaketes:

- **Verordnung „Schaffung einer EU-Regulierungsbehörde“**
Berichterstatter (LIBE – Ausschuss Bürgerliche Freiheiten, Justiz & Inneres), Schattenberichterstatter (ITRE – Ausschuss Industrie, Forschung & Energie)
- **Richtlinie „Rechte der Nutzer „**
Berichterstatter (LIBE– Ausschuss Bürgerliche Freiheiten, Jusitz & Inneres)

Lebenslauf

- 1994 Abitur
- 1997 Prüfung zum Bankkaufmann
- 2004 Erstes Juristisches Staatsexamen
- 2004 Wahl zum Europaabgeordneten
- 2000 - 2005 Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Liberalen
- seit 2003 Mitglied im Bundesvorstand der FDP
- seit 2004 innenpolitischer Sprecher der ALDE-Fraktion



PUBLIC INTEREST
Die Lobbying Consultants

Kontakt

alexander.alvaro@europarl.europa.eu
www.alexander-alvaro.de

Postanschrift:

Europäisches Parlament Rue Wiertz ASP 10G146 BE-1047 BRÜSSEL

Brüssel

Parlement européen
Bât. Altiero Spinelli
10G146
60, rue Wiertz / Wiertzstraat 60
B-1047 Bruxelles/Brussel
Tel. : +32 (0)2 28 45328
Fax : +32 (0)2 28 49328

Straßburg

Parlement européen
Bât. Winston Churchill
M02101
1, avenue du Président Robert Schuman
CS 91024
F-67070 Strasbourg Cedex
Tel. : +33 (0)3 88 1 75328
Fax : +33 (0)3 88 1 79328



PUBLIC INTEREST Die Lobbying Consultants



Paul Rübiger

Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP)

Geboren am 6. Mai 1953, Wels

Paul Rübiger ist Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie; stellvertretendes Mitglied im Haushaltskontrollausschuss, im Haushaltsausschuss, und im Nichtständigen Ausschuss zum Klimawandel.

Daneben ist Paul Rübiger Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu der Schweiz, Island und Norwegen sowie zum gemischten Parlamentarischen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sowie stellvertretendes Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu Australien und Neuseeland.

Im Rahmen des EU-Telekompaketes:

- **Mitteilung Digitale Dividende**
Schattenberichterstatter (ITRE – Ausschuss Industrie, Forschung & Energie)

Lebenslauf

Beruflich

- 1959 - 1963 Volksschule Wels, Lichtenegg
- 1963 - 1967 Hauptschule Wels
- 1967 - 1972 HTL Steyr (Landmaschinenbau)
- 1972 - 1978 Studium der Betriebswirtschaft an der
- Universität Linz
- 1978 - 1984 Doktorat an der Universität Linz, am Institut für
- Revisions-, Treuhand- und Rechnungswesen

Politisch

- 1991 – 1995 Abgeordneter zum OÖ. Landtag
- 1996 Abgeordneter zum Nationalrat



PUBLIC INTEREST

Die Lobbying Consultants

- Seit 1996 Abgeordneter zum Europäischen Parlament
- 1991 – 1996 Kurator des WIFI Oberösterreich
- 1996 – 2000 Vizepräsident der Wirtschaftskammer Oberösterreich
- Seit 2000 Spartenobmann-Stellvertreter Sektion Industrie
- 2001 -2005 Vorsitzender der EU-Bildungspolitik der Industriellenvereinigung

Im Europäisches Parlament

- Mitglied der EVP-ED-Fraktion im Ausschuss für Industrie,
- Mitglied in STOA - Scientific Technology Options Assessment
- Mitglied der Koordinationsgruppe zur Lissabon-Strategie
- 1993 – 1999 Vorsitzender von SME-Circle
- 1996 Gründungsmitglied des Europäischen Wirtschaftsbundes (SME-Union)
- 1999-2001 Co-Präsident des Europäischen Wirtschaftsbundes (SME-Union)
- 2001-2003 Präsident des Europäischen Wirtschaftsbundes (SME-Union)
- Seit 2003 Präsident von SME-Global

Kontakt

paul.ruebig@europarl.europa.eu
www.ruebig.at

Postanschrift:

Europäisches Parlament Rue Wiertz ASP 08F167 BE-1047 BRÜSSEL

Brüssel

Parlement européen
Bât. Altiero Spinelli
08F167
60, rue Wiertz / Wiertzstraat 60
B-1047 Bruxelles/Brussel
Tel. : +32 (0)2 28 45749
Fax : +32 (0)2 28 49749

Straßburg

Parlement européen
Bât. Louise Weiss
T09047
1, avenue du Président Robert Schuman
CS 91024
F-67070 Strasbourg Cedex
Tel. : +33 (0)3 88 1 75749
Fax : +33 (0)3 88 1 79749



PUBLIC INTEREST Die Lobbying Consultants



Hannes Swoboda

Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament (SPE) – Stellv. Vorsitzender

Geboren am 10. November 1946, Bad Deutsch Altenburg

Hannes Swoboda ist Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung.

Daneben ist Hannes Swoboda Mitglied der Delegation in den Parlamentarischen Kooperationsausschüssen EU-Armenien, EU-Aserbaidschan und EU-Georgien und der Delegation für die Beziehungen zu dem Palästinensischen Legislativrat sowie stellvertretendes Mitglied in der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer

Lebenslauf

- 1964 Matura
- bis 1972 Studium der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre
- 1972 Eintritt in die Wiener Arbeiterkammer - Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung; Beschäftigung insbes. mit Fragen der Finanzwirtschaft und der Umweltpolitik
- 1976 - 1986 Leiter der neugegründeten Abteilung für Kommunalpolitik; Beschäftigung insbes. mit Fragen der kommunalen Wirtschafts-, Gesundheits-, Wohnbaupolitik etc.
- 1983 - 1988 Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderates
- 1986 - 1988 Klubobmann der Sozialistischen Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates
- Juni 1988 Amtsführender Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal
- Dezember 1991 Amtsführender Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Verkehr
- Nov. 1994 - Okt. 1996 Amtsführender Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien
- seit 11. 11. 1996 Abgeordneter zum Europäischen Parlament



PUBLIC INTEREST Die Lobbying Consultants

- Sept. 2000 - April 2002 Vorsitzender der "Internationalen Expertenkommission Historische Mitte Berlin"
- Mitglied des Bundesparteivorstandes der SPÖ
- Mitglied des Vorstandes der Wiener SPÖ
- Vorsitzender der Bezirksorganisation Meidling der SPÖ
- Bundes-Bildungsvorsitzender der SPÖ

Kontakt

hannes.swoboda@spoe.at
www.hannes-swoboda.at

Postanschrift:

Parlament SPÖ-Klub, 1017 WIEN

Brüssel:

Parlement européen
Bât. Altiero Spinelli
15G342
60, rue Wiertz / Wiertzstraat 60
B-1047 Bruxelles/Brussel
Tel. : +32 (0)2 28 45716
Fax : +32 (0)2 28 49716

Straßburg

Parlement européen
Bât. Louise Weiss
T06087
1, avenue du Président Robert Schuman
CS 91024
F-67070 Strasbourg Cedex
Tel. : +33 (0)3 88 1 75716
Fax : +33 (0)3 88 1 9716



PUBLIC INTEREST Die Lobbying Consultants



Bernd Langeheine

Direktor „Politik im Bereich elektronische Kommunikation“, GD Informationsgesellschaft und Medien

Laufbahn

Bernd Langeheine ist seit Juli 2002 als Direktor Generaldirektion Informationsgesellschaft und Medien für die Europäische Kommission tätig. Davor leitete er drei Jahre die Abteilung Grundsatzfragen bei der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission. Von Januar 1996 bis Juni 1999 war er innerhalb der Washingtoner Delegation der Europäischen Kommission zuständig für Handelsfragen. Von 1990 bis 1996 war er Mitglied des Juristischen Dienstes der Kommission und davor drei Jahre am Europäischen Gerichtshof tätig. Von 1983-1987 arbeitete er in der Abteilung für Handelsfragen der Generaldirektion für Außenbeziehungen der Kommission. Er studierte Recht und Politikwissenschaften in Hamburg und Berlin und ist promovierter Jurist.

Kontakt

Bernd.Langeheine@ec.europa.eu

Generaldirektion Informationsgesellschaft und Medien
Europäische Kommission
Büro: BU33 6/65, B-1049 Bruxelles.
Tel.: +32-2- 299 18 55.
Fax: +32-2- 296 15 07



PUBLIC INTEREST

Die Lobbying Consultants



Rudolf Strohmeier

Kabinettschef Kommissarin Viviane Reding

Laufbahn

Seit Januar 2005, als Rudolf Strohmeier Kabinettschef von Kommissarin Viviane Reding wurde, stehen Medienpolitik und Informationsgesellschaft in Europa auf der Agenda des erfahrenen EU-Politikers. Bei der Gestaltung der europäischen Medienlandschaft setzt der promovierte Jurist mehr auf 'better regulation' als auf übertriebene Regelungsdichte sowie auf die Mündigkeit des Verbrauchers. Zudem dürfe Brüssel nicht zum Ersatz-Entscheidungsort für nationale Rundfunkpolitik werden. Der gebürtige Franke (Jahrgang 1952), der in Würzburg und Bonn Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft studiert hat, ist 'gelernter Brüsseler'. Seit 20 Jahren ist Strohmeier in der europäischen Hauptstadt tätig. Bevor er für verschiedene Mitglieder der EU-Kommission tätig wurde, baute er das Bayerische Informationsbüro in Brüssel auf, dessen erster Leiter er wurde. Von der Generaldirektion Entwicklung führte sein Weg über das Kabinett von EU-Kommissar Peter Schmidhuber (Regionalpolitik und Haushalt) in das von Landwirtschaftskommissar Franz Fischler, wo er als stellvertretender Kabinettschef agierte.

2003/2004 war er Berater im Kabinett von Kommissionspräsident Romano Prodi.

Kontakt

Rudolf.Strohmeier@ec.europa.eu

Büro: BERL 12/294
Telefon: +32-2-296 23 41
Fax: +32-2-299 92 01



PUBLIC INTEREST Die Lobbying Consultants

INSTITUTIONEN

Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament ist das Parlament der Europäischen Union. Seit 1979 wird es alle fünf Jahre in allgemeinen, freien und geheimen Europawahlen von den Bürgern der EU gewählt. Somit ist das Europaparlament die einzige direkt gewählte supranationale Institution weltweit und die Vertretung von rund 490 Millionen Personen. Die nächsten Europawahlen werden zwischen dem 4. und 7. Juni 2009 stattfinden.

Das Europäische Parlament ist eines der fünf Hauptorgane der EU. Da es unmittelbar die europäische Bevölkerung repräsentiert, kann es als die Bürgerkammer der EU bezeichnet werden (neben dem Rat der Europäischen Union als Staatenkammer).

Seit der Gründung des Parlaments 1952 wurden seine Kompetenzen mehrmals deutlich erweitert, vor allem durch den Vertrag von Maastricht 1992, den Vertrag von Nizza 2001 und zuletzt durch den Vertrag von Lissabon 2007, der jedoch noch nicht in Kraft ist. Allerdings besitzt das Europäische Parlament insbesondere auf die Bildung der Exekutive noch immer weniger Einfluss als die meisten nationalen Parlamente: Während Regierungschefs und teilweise auch Minister auf nationaler Ebene in der Regel vom Parlament gewählt werden, wird der Präsident der Europäischen Kommission von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten ernannt und vom Europaparlament lediglich bestätigt. Durch das Fehlen einer echten Regierungspartei bzw. -fraktion sind die einzelnen Europa-Abgeordneten andererseits aber auch unabhängiger und können bei Verhandlungsgeschick und Sachkenntnis zum Teil größeren Einfluss auf die EU-Gesetzgebung nehmen als es in nationalen Parlamenten der Fall ist, wo die Mehrheitsfraktion normalerweise loyal zur Regierung steht und deren Gesetzentwürfe prinzipiell unterstützt. Darüber hinaus kann das Parlament insgesamt die Kommission durch ein Misstrauensvotum zu Fall bringen.

Sitz des Europaparlaments ist Straßburg, weitere Dienstorte sind Brüssel und Luxemburg. Am 20. Juli 2004 konstituierte es sich für die sechste Wahlperiode. Darin umfasste es zunächst 732 Mitglieder, seit dem 15. Januar 2007 (Beitritt Rumäniens und Bulgariens) sind es 785. Der aktuelle Präsident ist der CDU-Abgeordnete Hans-Gert Pöttering (EVP). Das Parlament ist derzeit unterteilt in sieben Fraktionen sowie eine Reihe von fraktionslosen Abgeordneten. Ab der Wahlperiode 2009-2014 sollte das Parlament nur noch 736 Mitglieder haben; mit dem noch nicht ratifizierten Vertrag von Lissabon wird ihre Anzahl jedoch auf 750 Mitglieder zuzüglich des Präsidenten festgelegt.

[Quelle: Wikipedia]

www.europarl.europa.eu



PUBLIC INTEREST

Die Lobbying Consultants

Europäische Kommission

Die Europäische Kommission ist im politischen System der Europäischen Union die Exekutive und als solche für die Umsetzung der Beschlüsse von Ministerrat und Parlament zuständig. Sie schlägt darüber hinaus in Ausübung ihres Initiativrechtes Rechtsvorschriften, politische Maßnahmen und Programme vor. Die Kommission ist ein von den Mitgliedstaaten unabhängiges und somit supranationales Organ der Europäischen Gemeinschaften. Die Kommissare dienen alleine der Gemeinschaft, nicht ihren jeweiligen Herkunftsstaaten.

Die Kommission hat ihren Sitz in Brüssel.

Organisation

Die Europäische Kommission besteht aktuell aus 27 Kommissaren, von denen einer als Kommissionspräsident die Kommission leitet. Sie wird grundsätzlich alle fünf Jahre binnen sechs Monaten nach der Wahl des Europäischen Parlamentes neu besetzt. Der Kommissionspräsident wird vom Europäischen Rat bestimmt und benötigt ein Zustimmungsvotum des Parlamentes. Als designierter Präsident wählt er anschließend gemäß Art. 214 II EGV zusammen mit dem Rat, der in Dreiviertelmehrheit entscheidet, auf Vorschlag der Regierungen der Mitgliedstaaten die Mitglieder seiner Kommission aus - dieses Mitspracherecht hat der Präsident erst seit 1999. Daraufhin befragt das neu gewählte Parlament diese Kandidaten ausführlich und gibt eine Stellungnahme ab - es kann die Kommission jedoch nur als Ganzes ablehnen. Abschließend wird die Kommission von dem Rat mit qualifizierter Mehrheit ernannt. Auch nach der Ernennung der Kommission kann das Europäische Parlament diese jederzeit durch ein mit Zweidrittelmehrheit getroffenes Misstrauensvotum zum Rücktritt zwingen.

Seit der EU-Erweiterung 2004 entsendet jeder der EU-Mitgliedstaaten je einen Kommissar. Sie sind alle gleichberechtigte Mitglieder des Kollegiums und vertreten die gefassten Entschlüsse nach dem Kollegialprinzip. Die Amtsdauer der Kommission beträgt fünf Jahre und ist mit der Legislaturperiode des Europäischen Parlamentes abgestimmt.

Jedes Kommissionsmitglied verfügt über einen eigenen Mitarbeiterstab (das Kabinett) aus sechs bis neun politischen Beamten. Die Kabinettchefs bereiten die Sitzungen des Kollegiums vor und stimmen sich bereits untereinander ab. Regelungen zur Organisation der Sitzungen enthält die Geschäftsordnung der Europäischen Kommission.

Der Europäischen Kommission unterstehen verschiedene Generaldirektionen und Dienste für die interne Organisation und die jeweiligen Politikbereiche der Europäischen Union.



PUBLIC INTEREST

Die Lobbying Consultants

Der Vertrag von Lissabon sieht vor, dass die Zahl der Kommissare ab 2014 auf zwei Drittel der Zahl der Mitgliedstaaten reduziert wird; nur die erste Kommission, die in Anwendung des neuen Vertrags ernannt wird, soll noch aus je einem Staatsangehörigen jedes Mitgliedstaats bestehen. Diese Verkleinerung soll insgesamt der Effizienz und Handlungsfähigkeit der Kommission in einer erweiterten Union dienen. Vorgesehen ist ein Prinzip der gleichberechtigten Rotation, nach dem die Mitglieder der verkleinerten Kommission zwischen den Mitgliedstaaten ausgewählt werden. Demnach sollen die Mitgliedstaaten bei der Wahl der Kommissare „vollkommen gleich behandelt“ werden, doch „ist jedes der aufeinander folgenden Kollegien so zusammengesetzt, dass das demografische und geografische Spektrum der Gesamtheit der Mitgliedstaaten der Union auf zufrieden stellende Weise zum Ausdruck kommt“ (Art. 244 AEUV)

Aufgaben

Als Organ ist die Kommission bislang in Art. 211 ff. EGV sowie Art. 124 ff. EAV verankert. Sie ist der Motor des institutionellen Systems der Gemeinschaft:

- Sie hat das Initiativrecht und schlägt demnach Rechtsakte vor, die sie dem Parlament und dem Rat unterbreitet. Im Gegensatz zu den so genannten „agenda setter organs“ in anderen politischen Systemen (also Organen, die lediglich die zu bearbeitenden Themen definieren), wie zum Beispiel der deutschen Bundesregierung, kann die Kommission einen Gesetzesvorschlag jederzeit wieder zurücknehmen, solange er noch nicht beschlossen wurde.
- Als Exekutivorgan sorgt die Kommission für die korrekte Ausführung der europäischen Rechtsakte (Richtlinien, Verordnungen, Entscheidungen), die Umsetzung des Haushalts und der Programme.
- Als „Hüterin der Verträge“ sorgt sie gemeinsam mit dem Europäischen Gerichtshof für die Einhaltung des Gemeinschaftsrechts.
- Als Vertreterin der Gemeinschaft auf internationaler Ebene handelt sie vor allem in den Bereichen Handel und Zusammenarbeit internationale Übereinkommen aus. So repräsentiert die Kommission die EU-Staaten beispielsweise in der Welthandelsorganisation.

In der intergouvernementalen zweiten und dritten Säule der EU, also der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) und der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS), hat die Kommission bisher kaum Kompetenzen; die wesentlichen Entscheidungen werden hier allein vom Rat der Europäischen Union getroffen. Durch den Vertrag von Lissabon soll jedoch die PJZS in den Bereich der regulären Gemeinschaftsrechtsetzung übergeführt werden, sodass die Kommission hier dieselben Kompetenzen hat wie in anderen Politikbereichen. Außerdem sollen die Ämter des Außenkommissars und des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zusammengelegt werden, sodass auch im Bereich der GASP eine bessere Verzahnung zwischen Kommission und Rat entstehen soll.

[Quelle:Wikipedia]



PUBLIC INTEREST

Die Lobbying Consultants

<http://ec.europa.eu/>

Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union (umgangssprachlich (EU-)Ministerrat, laut Vertragstext einfach Rat) ist das wichtigste Entscheidungsorgan der Europäischen Gemeinschaft. Die Bezeichnung Rat der „Europäischen Gemeinschaft(en)“ ist nicht mehr gebräuchlich. Der Rat ist Teil des politischen Systems der EU und setzt sich zusammen aus Vertretern der Mitgliedstaaten auf Ministerebene, die regelmäßig zusammentreten. Sitz ist das Consilium, das Justus-Lipsius-Gebäude in Brüssel. In den Monaten April, Juni und Oktober tagt der Rat in Luxemburg.

Der Rat nimmt zusammen mit dem Europäischen Parlament Gesetzgebungsvollmachten innerhalb der EU wahr (Sekundärrecht), ist also Teil der Legislative. Seine Mitglieder (Minister) sind in ihren Mitgliedsstaaten aber Teil der Exekutive (der nationalen Regierungen). Dies ist ein Beispiel für Exekutivföderalismus. Kritiker sehen darin jedoch einen Widerspruch zum Prinzip der Gewaltenteilung und einen Grund für das Demokratiedefizit der EU.

Mit dem Vertrag über die Europäische Union (auch bekannt als Vertrag von Maastricht) kam es auch zur Umbenennung, vor dem 8. November 1993 hieß der Rat der Europäischen Union noch Rat der Europäischen Gemeinschaften.

Organisation

Der Rat ist ein einheitliches Organ, tagt aber aufgrund der unterschiedlichen Politikbereiche in unterschiedlichen Zusammensetzungen, bei denen jeweils die Minister unterschiedlicher Ressorts zusammentreffen. Seit 2002 sind dies die folgenden:

- Allgemeiner Rat und Außenbeziehungen (engl. GAERC)
- Rat für Wirtschaft und Finanzen (Ecofin)
- Rat Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres
- Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (BeSoGeKo)
- Rat für Wettbewerbsfähigkeit
- Rat Umwelt
- Rat Bildung, Jugend und Kultur
- Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie
- Rat für Landwirtschaft und Fischerei

Das Treffen der Außenminister wird als Allgemeiner Rat (Rat "Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, RAA/AB) bezeichnet, bei Treffen der Fachminister wird die jeweilige Bezeichnung hinzugesetzt (z. B. Rat "Umwelt" oder Rat "Landwirtschaft und Fischerei"). Der Rat kann bei schwerwiegenden Entscheidungen oder Problemen auch in der Zusammensetzung der Staats- und



PUBLIC INTEREST

Die Lobbying Consultants

Regierungschefs tagen - dieser darf jedoch nicht mit dem Europäischen Rat verwechselt werden. Die Bezeichnung Rat der Europäischen Union wurde durch den Beschluss vom 8. November 1993 eingeführt. Im EG-Vertrag, im Euratom-Vertrag und im EGKS-Vertrag ist nur von "Rat" die Rede.

Die Sitzungen des Rates werden vorbereitet vom Ausschuss der ständigen Vertreter, einem Gremium der ständigen Vertreter (vgl. mit Botschaftern) der Mitgliedsstaaten bei der EU.

Der Rat verfügt über ein Generalsekretariat mit ca. 2500 Mitarbeitern. Generalsekretär und somit auch Hoher Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist der Spanier Javier Solana.

Der Rat der Europäischen Union ist entgegen seiner Bezeichnung kein Organ der Europäischen Union, sondern ein Organ der Europäischen Gemeinschaft (Art. 7 I EGV, Art. 202 ff. EGV). Die EU bedient sich im Rahmen der intergouvernementalen Zusammenarbeit (GASP, PJZS) des Rates im Wege der Organleihe (Art. 5 EUV).

Nähere Regelungen zur Organisation enthält die Geschäftsordnung des Rates der Europäischen Union.

Der Rat der Europäischen Union ist nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat. Der Europäische Rat ist das Gremium der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) sowie des Präsidenten der Europäischen Kommission. Sie versammeln sich üblicherweise viermal jährlich zu Treffen, die auch als EU-Gipfel bezeichnet werden. Im politischen System der Europäischen Union nimmt der Europäische Rat eine besondere Rolle ein: Zwar ist er im EG-Vertrag nicht genannt und somit formal kein Organ der EG. Dennoch werden in ihm häufig die entscheidenden Kompromisse zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten gefunden, von denen wesentliche Impulse für die weitere Entwicklung der Union ausgehen.

[Quelle: Wikipedia]

<http://consilium.europa.eu/>



PUBLIC INTEREST

Die Lobbying Consultants

EuroISPA

Die EuroISPA ist der Verband der europäischen Internet Service Provider Verbände. Von ihrem Büro in Brüssel aus vertritt die EuroISPA als weltweit größter ISP-Verband rund 1500 ISPs in EU und EFTA.

1997 gegründet versteht sich die EuroISPA als Repräsentant und Vertreter der ISP-Interessen gegenüber den Organen und Einrichtungen der EU. Dank ihrer kenntnisreichen und konstruktiven Tätigkeit hat sich die EuroISPA zum wichtigsten Ansprechpartner für die Europäische Kommission und das europäische Parlament rund um die Themenwelt „Internet“ entwickelt.

Aktueller Präsident der EuroISPA ist Malcolm Hutton (LINX), Vize-Präsidenten sind Prof. Michael Rotert (eco) und Kurt Einzinger (ISPA Austria)

Kontakt

secretariat@euroispa.org
www.euroispa.org

EuroISPA Secretariat
39, Rue Montoyer
B - 1000 Brussels
Belgium

Tel.: +32 2 503 22 65
Fax: +32 2 503 42 95